



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.209
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 47'364 mm²

Sommarugas trügerisches Zahlenspiel

Die Justizministerin rechnet im 2016 mit nur 24 000

Asylgesuchen und stapelt die Kosten tief. Der Unmut wächst



Der Trick mit dem Nachtragskredit. Bürgerliche wollen Sommarugas Kostenüberschreitungen im Asylwesen nicht mehr länger akzeptieren. Foto Keystone
Von Christian Keller, Bern

Der Entscheid in der ständerätlichen Finanzkommission (FKS) fiel nach langer Diskussion mit sieben zu fünf Stimmen. Was am Dienstag mit knapper Mehrheit beschlossen wurde, wirft Fragen auf. Am Voranschlag, den Justizministerin Simonetta Sommaruga für das Budget 2016 dem Parlament unterbreitet hatte, soll es gemäss FKS keine Anpassungen geben – trotz der gewaltigen Flüchtlingsströme, die seit Monaten nach Europa und nun auch vermehrt in die Schweiz fließen. Für 2016 wird demnach ungeachtet der aktuellen Entwicklung weiterhin mit nur 24 000 Asylgesuchen gerechnet. Für die Kosten, die nächstes Jahr im Migrationswesen anfallen, sind 1,47 Milliarden Franken vorgesehen.

Kommissionsmitglied und Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann, der gegen diesen Beschluss votierte, ärgert sich: «Die Pflicht von uns Parlamentariern müsste es doch

sein, nach bestem Wissen und Gewissen zu budgetieren. Diesen Grundsatz haben wir nicht eingehalten. Wir stellen uns nicht den Fakten, wie sie sind – und verhindern dadurch, dass der dringend notwendige Spardruck beim Bund aufrechterhalten wird.»

Unrealistisches Budget

Es ist offenkundig und niemand bestreitet es: Die Zahlen, welche die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) im Voranschlag aufführte, entsprechen längst nicht mehr den Realitäten. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass 2016 viel mehr Anträge auf Asyl gestellt und

höhere finanzielle Belastungen für die Bundeskasse anfallen werden. Alles andere wäre eine Überraschung.

Man blicke nur auf das laufende Jahr: Im September erhöhte das Staatssekretariat für Migration (SEM) seine Prognosen. Statt wie ursprünglich

angenommen 22 000 würden bis Ende Dezember rund 29 000 Migranten in der Schweiz Zuflucht suchen. Auch dieser Wert ist bereits wieder überholt. Das SEM geht inzwischen von einer «deutlichen» Überschreitung aus.

Parallel dazu stiegen die Ausgaben. Die 2015 fürs Migrationswesen vorgesehenen 1,26 Milliarden Franken reichten bei Weitem nicht aus. Der Bundesrat muss das Parlament in der Winter-session um einen Nachtragskredit in der Höhe von 207 Millionen Franken bitten.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Landesregierung nachträglich Geld bewilligen lässt, das sie für die steigenden Aufwände im Asylwesen bereits ausgegeben hat. Seit 2010 (mit Ausnahme von 2014) sind Nachtragskredite aus dem Departement von Sommaruga Routine.

Der Grund liegt auf der Hand: Für die Sozialdemokratin reduziert sich auf diese Weise die Gefahr unangenehmer Diskussionen über die Kostenexplosion bei der Migration, die ihre Asylpolitik als Ganzes hinterfragen könnte. Man stapelt bewusst tief – um Monate später elegant und still ein Kreditbegehren nachzuschieben. Die Baselbieter FDP-Finanzpolitikerin Daniela Schneeberger, sie hat Einsitz in der nationalrätlichen Finanzkommission und präsidiert

die Aufsicht über das EJPD, kündigte schon vor zwei Monaten in der BaZ an, dieses Treiben nicht mehr länger zu akzeptieren. «Der Budgetvoranschlag 2016 hat mit realistischen Zahlen zu operieren», sagte sie damals.

Aufstockung abgelehnt

Um genau diesem Anspruch nach Kostenwahrheit gerecht zu werden, forderten einige Ständeräte in der Finanzkommission, den Voranschlag nach oben zu korrigieren. Im Unterschied zu



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.209
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 47'364 mm²

Sommarugas Berechnungen sollten die 2016 zu erwartenden Gesuchszahlen auf 30 000 erhöht und das Budget um 180 Millionen auf insgesamt 1,65 Milliarden Franken aufgestockt werden.

Wie verschiedene Sitzungsteilnehmer der BaZ berichten, opponierte die Bundesrätin gegen diesen Abänderungsantrag. Man solle im Rahmen von Budgetberatungen nicht Asylpolitik betreiben, habe die Magistratin argumentiert. «Eine seltsame Betrachtung», sagt Hannes Germann. «Es sind doch gerade die Finanzflüsse, über die das Parlament Einfluss nehmen kann.» Trotzdem stimmte eine Mehrheit der Kommission im Sinne Sommarugas. Man wolle auf bewährten Schätzmethoden aufbauen und Ausreisser nach oben mit Nachtragskrediten auffangen, sagt Kommissionspräsident und FDP-Ständerat Hans Altherr.

Dass sich die EJPD-Chefin für ein Budget ausspricht, dem jegliche Glaub-

würdigkeit fehlt, dürfte einen weiteren Grund haben: Wenn für 2016 Mehrausgaben hinzukommen, hat dies Auswirkungen auf den gesamten Bundeshaushalt. Die gesteckten Finanzziele sind dann nur noch zu erreichen, wenn andernorts 180 Millionen Franken eingespart werden. Auf solche unangenehmen und anstrengenden Rotstift-Übungen dürften Sommaruga und die anderen Bundesräte jedoch keine Lust verspüren, zumal für 2016 bereits Kürzungen von vier Milliarden Franken vorgenommen wurden.

Gut möglich allerdings, dass die Bundespräsidentin wider Willen über die Bücher gehen muss. Denn in der Finanzkommission des Nationalrats (FKN) wird der Widerstand grösser sein als in der kleinen Kammer. Am Horizont kündigen sich harte Auseinandersetzungen an. Daniela Schneeberger wird sich dafür einsetzen, dass «zu einer vernünftigen und realistischen Budgetie-

rungspraxis übergegangen wird».

Sparmassnahmen bei Personal

Für Präsident Leo Müller (CVP) ist «auf beiden Augen blind», wer nicht erkennt, dass die Asylkosten nächstes Jahr zunehmen. Sollte dieser Umstand nicht im Budget abgebildet sein, so der CVP-Nationalrat, müssten weitere Querschnittskürzungen in allen Departementen ins Auge gefasst werden. Der Luzerner denkt daneben auch an seine Motion, welche die Ausgaben beim Bundespersonal sowie externen Dienstleistungen auf dem Niveau von 2014 plafonieren will. «Es ist für mich eine denkbare Variante, in diesem Bereich nochmals 50 bis 80 Millionen Franken zu reduzieren, um den Anstieg bei der Migration zu verkraften», sagt Müller.

Mehr Geld für Asylsuchende, weniger Lohn für die Angestellten des Bundes: Man darf gespannt sein, wie die Bundesbeamten auf dieses im Raum stehende Szenario reagieren.